



HALLE ★ *Die Stadt*

Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **IV/2007/06232**
Datum: 10.01.2007
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Dr. Bodo Meerheim

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	31.01.2007	öffentlich Entscheidung

Betreff: **Antrag der Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Erarbeitung eines Berichtes über die Lage der Menschen mit Behinderungen in der Stadt Halle (Saale), verbunden mit einem Tätigkeitsbericht des Behindertenbeauftragten der Stadt Halle (Saale)**

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat bis zur Stadtratssitzung April 2007 einen Bericht über die Lage der Menschen mit Behinderungen in der Stadt Halle (Saale), verbunden mit einem Tätigkeitsbericht des Behindertenbeauftragten der Stadt Halle (Saale), vorzulegen. Dieser Bericht sollte vor allem folgende Schwerpunkte beinhalten:

- Analyse über Leistungen und Hilfen für Menschen mit Behinderungen in der Stadt Halle (Saale)
- Analyse
 - zur Verbesserung der Barrierefreiheit in der Stadt Halle (Saale)
 - des barrierefreien Wohnens in der Stadt Halle (Saale)
 - der barrierefreien Zugänglichkeit und Nutzbarkeit des ÖPNV
 - der Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in Kindereinrichtungen und Schulen
 - der Integration von Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt
 - der Teilnahme am Landeswettbewerb „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“
- Einschätzung des Behindertenbeauftragten über die Möglichkeiten zur Einflussnahme und Durchsetzung der Interessen von Menschen mit Behinderungen in den bisher bestehenden Mitwirkungsformen und Empfehlungen für Veränderungen

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion

Begründung:

In Auswertung des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen 2003 wurden dem Stadtrat am 27.08.2003 ein Bericht zur Umsetzung der „Leitlinien der Behindertenpolitik der Stadt Halle (Saale)“ und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen zur Kenntnis gegeben. Gleichzeitig wurde die Verwaltung durch den Stadtrat beauftragt, diese Handlungsempfehlungen umzusetzen, um im Mai 2004 zu berichten. Dieser Beschluss wurde so nicht erfüllt.

Mit dem vorzulegenden Bericht soll dem Stadtrat ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse und Problemfelder im Bereich der Interessenvertretung und Hilfe für Menschen mit Behinderungen gegeben werden. Somit werden letztlich auch unter den sich ständigen Änderungen der Durchsetzung der unterschiedlichsten Sozialbücher Veränderungen und Folgen für Betroffene aufgezeigt. Auf dieser Grundlage ist es dem Stadtrat möglich, Zielrichtungen der kommunalen Behindertenpolitik auf Aktualität zu prüfen, ggf. notwendige Veränderungen durch entsprechende Beschlüsse zu verändern und anzupassen.

Antrag der Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) – zur Erarbeitung eines Berichtes über die Lage der Menschen mit Behinderungen in der Stadt Halle (Saale), verbunden mit einem Tätigkeitsbericht des Behindertenbeauftragten der Stadt Halle (Saale)

Stellungnahme der Verwaltung:

Mit der Vorlage „Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 (EJMB)“ vom August 2003 berichtete die Stadtverwaltung über die Umsetzung der „Leitlinien der Behindertenpolitik der Stadt Halle“ (2000) und schlug Handlungsempfehlungen vor, denen der Stadtrat mehrheitlich folgte.

Eine Berichterstattung zur Umsetzung der Empfehlungen vor dem Rat erfolgte nicht, da sich in 2004 (Bildung der Sozialagentur LSA) und 2005 (Einführung SGB II, SGB XII, Novellierung SGB III) die Sozialgesetzgebung und damit die Zuständigkeit der Stadtverwaltung im Bereich der Behindertenhilfe grundsätzlich änderte und sich nun auf freiwillige Leistungen erstreckte. Über letztgenannte Aspekte wurde im Gesundheits-, Sozial- und Gleichstellungsausschuss (Fördermittel) und in der AG der Behindertenverbände (barrierefreie Bauvorhaben; Parkplätze, ÖPNV) bzw. in der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) beraten und berichtet.

Das Land prüft seit Ende 2006 die Kommunalisierung der Eingliederungshilfe und damit die Verlagerung der Zuständigkeit für die Behindertenhilfe auf die kommunale Ebene.

Diesen Hintergrund berücksichtigend, stimmt die Stadtverwaltung dem Antrag der PDS-Fraktion zu und legt einen Bericht zur Lage von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Halle, erweitert um die Schwerpunkte Barrierefreiheit, Integration behinderter Menschen in Kindereinrichtungen, Schule sowie auf dem Arbeitsmarkt und die Teilnahme der Stadt am Wettbewerb „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“ vor.

Die Berichtserstattung der Geschäftsbereiche koordiniert der Behindertenbeauftragte der Stadt Halle. Er gibt durch eine Situationseinschätzung der Berücksichtigung der Interessen behinderter Menschen einen Bericht über seine Tätigkeit.

Für den Bericht sind Zuarbeiten aus allen Bereichen der Verwaltung, den Eigenbetrieben Kindertagesstätten, ZGM und Arbeitsförderung notwendig. Weiterhin sind wesentliche Zuarbeiten vom Land, von der HAVAG, der Arbeitsverwaltung und der ARGE erforderlich.

Aufgrund des zeitlich umfangreichen Abstimmungsbedarfs bitte ich um Verständnis, dass der Bericht erst im III. Quartal vorgelegt werden kann.

Empfehlung der Verwaltung:

Unter Berücksichtigung des veränderten Berichtszeitpunktes wird dem Antrag zugestimmt.

Szabados
Bürgermeisterin